

FDP-Politiker übt Kritik nach Wolfskundgebung

Organisator weist Vorwürfe zurück

Gerd Schade

WIPPINGEN Die Demonstration von mehreren Hundert Menschen für mehr Schutz vor Wölfen am vergangenen Wochenende in Wippingen hat ein politisches Nachspiel. Der FDP-Bundestagskandidat Ferhat Asi aus Aschendorf, der auf der Kundgebung sprach, erhebt teils schwere Vorwürfe gegen CDU-Politiker und den Organisator der Veranstaltung. Asi hatte vor den laut Polizei rund 750 Versammelten eine sofortige Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht gefordert.

Als er in diesem Zusammenhang Kritik in Richtung vor allem der Christdemokraten, die mit mehreren Rednern aus der Region vertreten waren, äußerte, wurde ihm Einhalt geboten. Rudi Schlangen von der Bauerninitiative „Land schafft Verbindung“ aus Westerloh bei Haselünne gab Asi zu verstehen, dass die Demonstration „keine Wahlkampfveranstaltung“ sei.

Nach Asis Auffassung war das allerdings mehr als ein Affront. Wie er im Gespräch mit unserer Redaktion berichtet, hat Schlangen ihm „wie einem Schuljungen“ damit gedroht, ihm das Mikrofon wegzunehmen und ihn von der Rednerbühne zu verweisen. Schlangen weist die Anschuldigungen auf An-

frage zurück, will darauf aber nicht näher eingehen. Nur so viel: Er habe allen Rednern von Anfang an deutlich gesagt, dass die Bühne nicht zum Wahlkampf genutzt werden dürfe.

Ferhat Asi: CDU fährt Schlingerkurs

Genau das aber hätten Redner aus den Reihen der CDU wie die Landtagsabgeordnete Bernd-Carsten Hiebing und Bernd Busemann sowie die Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann getan, behauptet Asi. Die Christdemokraten hätten vor allem die SPD kritisiert, und Schlangen habe sie im Gegensatz zu ihm gewähren lassen. „Das war unter aller Sau“, schimpft Asi.

Der FDP-Politiker wirft der CDU vor, gegen das Interesse der Landwirte „keinen einzigen konkreten Vorschlag gemacht“, nur Sonntagsreden gehalten zu haben und beim Umgang mit dem Wolf einen „Schlingerkurs“ zu fahren.

Connemann hatte auf der Kundgebung unter anderem ein „Wolfsmanagement“ gefordert. Hiebing warb für Regelungen, die eine „Mengenbegrenzung“ ermöglichen würden. Nach Asis Auffassung wurde auf der Kundgebung derweil die Chance zu einem offenen politischen Diskurs vertan.